Nationale Spielregeln für Polizeidaten

Heute hat jeder Kanton seine eigenen Regeln. Das wollen Bundespolitiker nun ändern

IN ZÜRICH SIND die Überwachungskameras, die für die Fussball-Europameisterschaft montiert wurden, verschwunden. Nächstes Jahr sollen sie aber wieder aufgestellt werden. Denn dann verfügt die Stadt über die nötigen rechtlichen Grundlagen. In Bern können die Kameras schon früher wieder filmen: Das kantonale Parlament hat das Polizeigesetz entsprechend revidiert.

Die Videoüberwachung und die Datenerfassung sind Domäne der Kantone – oder werden allenfalls an die Gemeinden delegiert. Der Bund jedoch hat nichts zu melden. Das will die überparteiliche, IT-affine Interessengruppe E-Power jetzt ändern: Die SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher wird in der Frühlingssession einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Darin verlangt sie, dass «auf eidgenössischer Ebene einheitliche Standards im Umgang mit gerichtspolizeilichen Daten geschaffen werden».

Die Regeln sollen festhalten, wie Daten erfasst und wie lange sie aufbewahrt werden dürfen – unter welchen Umständen sie ausgetauscht werden können und wer sie einsehen darf. «Wir brauchen hier klare Regeln und Transparenz», sagt Graf-Litscher, die sich bei E-Power ums Thema Datenschutz kümmert.

Schützenhilfe erhält die E-Power-Gruppe von der Polizei-Plattform für Informatik und Cybercrime (Spik). «Es ist doch unsinnig, dass fast jede Stadt ihre eigenen Regeln aufstellt, dass jeder Kanton sein eigenes Regime fährt», sagt Spik-Geschäftsführer Mark Saxer. Die Polizeihoheit soll bei den Kantonen bleiben, doch die Regeln sollten vereinheitlicht und die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenzen verbessert werden. «Die Kriminalität macht nicht an der Kantonsgrenze Halt.»

APPLAUS GIBTS für die Bundespolitiker auch von unerwarteter Seite: von den Kantonen. Der Vorstand der Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) «unterstützt die Stossrichtung des Vorstosses», so Roger Schneeberger, Generalsekretär der KKJPD. FLORENCE VUICHARD

Soll einheitlich geregelt werden: Videoüberwachung

Ueli Maurer plant einen Doppelschlag

Bundesrat ernennt Armee- und Luftwaffenchef

JETZT GEHT ES Schlag auf Schlag. Dienstag und Mittwoch trifft sich im Raum Bern das gesamte 53-köpfige Generalstabskorps der Schweizer Armee zu einem zweitägigen Seminar. Teilweise mit von der Partie ist Verteidigungsminister Ueli Maurer.

Zwar finden solche Treffen zwei- bis dreimal jährlich statt; auch wurde das Datum für das Seminar von nächster Woche vor einem Jahr festgelegt. Dennoch ist die Zusammenkunft der höchsten Armeekader diesmal brisant – weil die Besetzung zweier Topjobs kurz bevorsteht: diejenige des Armeechefs und des Luftwaffenchefs.

Die Anzeichen verdichten sich, dass Ueli Maurer das Geschäft bereits am 25. Februar oder eine Woche später in den Bundesrat bringt, wie dies Armeechef André Blattmann vorletzte Woche im Zürcher Oberland vor der Offiziersgesellschaft antönte.

Maurer plant gleich einen Doppelschlag: Er will der Regierung nicht nur den Namen des neuen Armeechefs unterbreiten, sondern auch jenen des neuen Luftwaffenchefs. «Alles andere macht keinen Sinn», so ein Insider.

Im Rennen um den Posten des Armeechefs gibt es drei Favoriten: Divisionär André Blattmann (Armeechef ad interim), Divisionär Hans-Ulrich Solenthaler (Kommandant der Territorialregion 4) und Divisionär Eugen Hofmeister (Kommandant der Territorialregion 2). Für den Posten des Luftwaffenchefs stehen zwei Personen im Vordergrund: Divisionär Markus Gygax (Kommandant ad interim) – und ebenfalls André Blattmann.

DAMIT SIND ZWEI Szenarien wahrscheinlich:

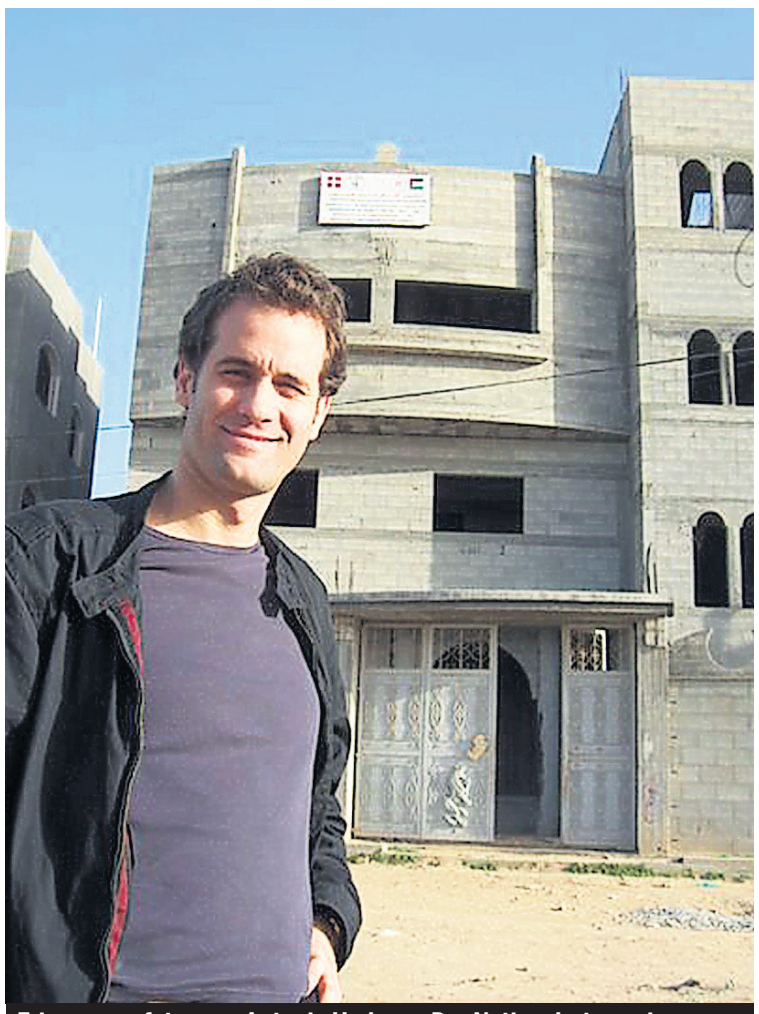
> Alles neu: Ueli Maurer setzt neue und eigene Akzente für die Topjobs: mit Solenthaler oder Hofmeister als Armeechef – und Blattmann als Luftwaffenchef. Dieser hat schon öffentlich gesagt, der Job würde ihn reizen.

> Alles gleich: Er belässt alles beim Alten. Blattmann wird definitiv Armeechef – und Gygax definitiv Luftwaffenchef. OTHMAR VON MATT

Vor dem zerstörten Parlamentsgebäude in Gaza: Jean-Charles Rielle, Josef Zisyadis, ein Hamas-Parlamentarier, Carlo Sommaruga, ein Hamas-Parlamentarier, Antonio Hodgers (von links).

Aussendepartement ärgert sich über «Hamas-Reisli»

Vier linke Nationalräte reisten in das Kriegsgebiet und trafen sich mit Islamisten



Erinnerungsfotos von Antonio Hodgers: Der Nationalrat vor einer unversehrten Kinderkrippe, Kinder in der UNO-Schule (oben).

BILD: EX-PRESS

Die radikalislamische Hamas nutzte den Politbesuch aus der Schweiz für Propagandazwecke.

VON FLORENCE VUICHARD UND KATIA MURMANN

Der Ausflug in den Gaza-Streifen war gut gemeint: Die vier linken Nationalräte wollten mit dem Kurztrip vom 24. bis 26. Januar ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk bezeugen, wie sie betonen – und die Schweizer Öffentlichkeit für die Gräuel im Kriegsgebiet sensibilisieren.

Doch die Reise von Josef Zisyadis (PdA), Antonio Hodgers (Grüne), Jean-Charles Rielle und Carlo Sommaruga (beide SP) sorgt hierzulande für rote Köpfe. Der Ärger ist gross, sowohl in der Szene der Nichtregierungsorganisationen (NGO) als auch bei den zuständigen Behörden in Bern im Aussendepartement (EDA). Die Vorwürfe lassen sich wie folgt zusammenfassen:

> **DIE NÄHE ZUR HAMAS:** Der Ausflug der Parlamentarier wird hinter vorgehaltener Hand als «Hamas-Reisli» umschrieben. Denn die radikalislamische Organisation, die im Gaza-Streifen regiert, hat das Besucherprogramm für die Schweizer Parlamentarier zusammengestellt. Dabei kam es auch zu einem Treffen zwischen den Nationalräten und zwei Hamas-Parlamentariern. Das bestätigt der Genfer Nationalrat Hodgers, betont aber gleichzeitig: «Wir haben selber Änderungen am Programm angebracht.» Und: «Wir konnten alles sehen, was wir wollten.»

So hätten sie zum Beispiel eine von der Schweiz unterstützte unpolitische NGO besucht, die sich um kriegstraumatisierte Kinder kümmere. Das war einem Teil der Parlamentarier nicht genug: Hodgers und Zisyadis waren bereit, Ismail Hanija, einen der Führer der radikalen Hamas, zu treffen. Doch dies wusste Sommaruga zu verhindern: «Für mich kam das nicht in Frage», sagt er dem «Sonntag». «Unsere Mission sollte neutral sein. Wir haben ihn nicht getroffen.»

Bestärkt werden Kritiker zusätzlich durch den Umstand, dass Anouar Gharbi die Schweizer Gruppe geführt hat. Der Ingenieur aus Genf, ein gebürtiger Tunesier, ist Präsident der NGO Droits pour tous. Er gilt als umtriebiger Kopf, der sich für die Sache der Palästinenser starkmacht und sich dabei nicht scheut, auch mit zwielichtigen Partnern zu arbeiten.

> **BILD DER SCHWEIZ:** Die Politiker waren zwar als Privatleute unterwegs, wurden aber als Parlamentarier und damit als offizielle Schweizer Delegation empfangen. Kein Wunder, berichteten die von der Hamas kontrollierten Medien ausführlich und stolz über den Besuch. Sie interpretierten ihn als Beweis dafür, dass die Schweiz die Hamas unterstützt.

> **GEFÄHRDUNG DER OFFIZIELLEN MISSION:** Etwas hätte schiefgehen können, monieren Kritiker – vor allem, weil die Parlamentarier-Gruppe in einem unbeschrifteten Minibus unterwegs war. Dieser «Kriegstourismus» hätte die Hilfsbemühungen der offiziellen Schweiz gefährden können. Die betroffenen Politiker weisen die Vorwürfe zurück: Erstens habe es nie ein Sicherheitsproblem gegeben und zweitens hätten die Schweizer Hilfslieferungen in Rekordzeit einreisen können.

Das EDA will weder zur Reise noch zur geäusserten Kritik Stellung nehmen.